

**Protokoll  
über die öffentliche/nicht öffentliche Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am  
26.09.2007**

**Beginn:** 17:30 Uhr  
**Ende:** 19:15 Uhr  
**Ort:** Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6064

**Anwesenheit**

**1. Stellvertreter der Vorsitzenden**

Hubert, Rudolf

**2. Stellvertreter der Vorsitzenden**

Brill, Peter Fraktion DIE LINKE

**ordentliche Mitglieder**

Bahr, Andreas Fraktion DIE LINKE  
Leppin, Patricia Fraktion Unabhängige Bürger  
Littwin, Thomas  
Maier, Elke  
Meslien, Daniel SPD-Fraktion  
Munzert, Thomas CDU-Fraktion und Liberale  
Redmann, Irene SPD-Fraktion

**stellvertretende Mitglieder**

Bredfeld, Norman Fraktion DIE LINKE  
Budde, Bernd  
Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU-Fraktion  
und Liberale  
Kowalk, Peter CDU-Fraktion und Liberale  
Schmidt, Norbert

**beratende Mitglieder**

Skowronek, Frank

**Verwaltung**

Buck, Holger  
Junghans, Hermann

**Schriftführer**

Sandner, Monika

Müller, Karen

**Leitung: Rudolf Hubert**

**Schriftführer: Monika Sandner**

**Festgestellte Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Überplanmäßige Ausgaben im Budget 49.1 Jugend/haushaltswirtschaftliche Sperre
3. Sonstiges

**Protokoll:**

**Öffentlicher Teil**

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

**Bemerkungen:**

Der 1. stellvertretende Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter der Verwaltung. Anschließend stellte er die formgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Überplanmäßige Ausgaben im Budget 49.1 Jugend/haushaltswirtschaftliche Sperre**

**Bemerkungen:**

Dez. III, Herr Junghans informierte, dass die Vorlage ein Entwurf ist, die endgültige Vorlage wird noch erarbeitet. Des Weiteren setzte er die Ausschussmitglieder darüber in Kenntnis, dass eine Haushaltssperre über alle Haushaltsstellen ausgesprochen wurde und Einsparungen durch

Ausgabereduzierungen in Höhe von 20 % im Dezernat III und 15 % in den übrigen Bereichen erfolgen sollen.

Durch Herrn Hubert wurde ein Verfahrensvorschlag unterbreitet, die Sitzung in 2 Punkte aufzugliedern.

1. Haushaltssperre
2. Wie soll die HzE zukünftig gestaltet werden.

Dem Verfahrensvorschlag stimmten die Ausschussmitglieder zu.

Zu 1.

Herr Meslien hinterfragte:

1. Wer die Haushaltssperre ausgesprochen hat?
2. Ab wann gilt die Haushaltssperre?
3. Warum im Dezernat III 20 % Einsparungen erfolgen sollen und nicht 15 % wie in den anderen Dezernaten?

Herr Junghans erläuterte, dass die Sperre durch den Oberbürgermeister ausgesprochen wurde und seit dem 13.09.2007 gilt.

Das Dezernat III hat mit seinem Gesamtbudget das größte Ausgabevolumen.

Frau Leppin hinterfragte, ob in den 20% die bereits existierende 5 %-Sperre enthalten ist und ob bei dem Erstellen des Nachtragshaushaltes nicht ersichtlich war, dass ein Mehrbedarf in dieser Höhe erforderlich ist.

Herr Junghans erklärte, dass dieses getrennt zu sehen ist.

Es wurden Ist-Fallzahlen zu Grunde gelegt, Mehrausgaben wurden berücksichtigt. Ein derartig umfangreicher Mehrbedarf war aber nicht zu erkennen, da die Berechnung der Kosten sich immer auf Stichtagszahlen bezieht und nicht mit einem Sicherheitspuffer hochgerechnet werden durfte.

Herr Brill hinterfragte, ob Zuwendungsbescheide an Träger verschickt wurden.

Durch Herrn Junghans wurde die Information des Oberbürgermeisters zur haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 27 GemHVO für alle

Ausgabehaushaltsstellen des Verwaltungshaushaltes bekannt gegeben:

„Freigaben kommen nur in Betracht, wenn es sich um Aufgaben handelt, zu deren Leistung eine gesetzliche oder per heutigem Datum vertragliche Verpflichtung besteht oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Soweit Verträge bereits geschlossen wurden, ist durch den jeweiligen Fachbereich zu prüfen, ob die Verträge ohne zusätzliche Kosten oder zumindest kostengünstig einvernehmlich aufgehoben oder einseitig gekündigt werden können. Neue Vertragsabschlüsse sind nur dann möglich, wenn der Finanzdezernent zuvor die Unabweisbarkeit der neuen vertraglichen Verpflichtung bestätigt hat.“

Herr Junghans erläuterte, Haushaltsstellen werden während der pauschalen Haushaltssperre in der erforderlichen Höhe entsperrt, um alle Leistungen, die auf Grund Gesetz oder vertraglicher Verpflichtungen geleistet werden müssen, auch leisten zu können. Bei den vertraglichen Verpflichtungen ist zu prüfen, ob die Verträge auch einseitig gekündigt werden können. Soweit diese Kündigungen jedoch zu Schadensersatzansprüchen in mindestens der gleichen Höhe der ursprünglich vertraglich vereinbarten Leistungen führen würden, hätte die Kündigung keinen Sinn und wird deshalb nicht durchgeführt.

Herr Hubert bat im Namen der Ausschussmitglieder, die konkret betroffenen Haushaltstellen den Ausschussmitgliedern schnellst möglich vorzulegen.

Zu 2.

Frau Müller informierte, mit welcher Zielrichtung sich die Verwaltung dem Thema Hilfen zur Erziehung annehmen werde.

Ein Konzept wird in der AG Steuerung erarbeitet und dann dem Jugendhilfeausschuss bekannt gegeben.

Herr Littwin merkte an, dass ein sozialpolitisches Gesamtkonzept notwendig ist und dabei die vorhandene bzw. erforderliche Infrastruktur betrachtet werden muss.

Herr Brill forderte, die Kostenstruktur nachvollziehbar darzustellen.

Frau Redmann bat, zum besseren Verständnis, ergänzende Erläuterung beizufügen.

Die Vorlage wurde nicht behandelt, sie wird, vorbehaltlich entsprechender Verweisungen in die Tagesordnung der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung aufgenommen.

Herr Hubert merkte an, wenn die Vorlage als Tischvorlage eingebracht wird, wird sie auch beraten und entschieden. Die Ausschussmitglieder äußerten keine gegenteilige Ansicht.

### **zu 3      Sonstiges**

gez. Rudolf Hubert

---

Vorsitzende/r

gez. Monika Sandner

---

Protokollführer